

Warum die US-Truppen den Blitzableiter spielen müssen

Richard Herzinger

Die Demokraten führen im US-Kongress in der Frage der Truppenfinanzierung im Irak ein absurdes Stück auf. Die Freigabe der Mittel für die US-Truppen mit der Nennung eines Abzugstermins zu verknüpfen, ergibt keinen Sinn - und ist deshalb das Gegenteil von Realismus. [Das Dilemma der Demokraten lautet: a) nur mit der Woge einer Anti-Bush-Stimmung kann die Partei bei den nächsten Präsidentenwahlen an die Macht gelangen; und da diese Anti-Stimmung auf dem „Desaster“ Irak (Journalisten-Propaganda-Sprache) basiert, folgt b), daß ein Rückzug aus dem Irak zur logischen Strategie wird. Daß Al-Kaida und Konsorten schon die Nennung eines Abzugstermins als Erfolg ihres Jihad feiern, stört die Demokraten nicht; ebenso wenig, daß ein Abzug gegen jede Logik aktuelle politstrategischer Vernunft verstoßen würde. Kaum an die Macht gekommen, müssten sie daher ihre Wähler vom Gegenteil ihrer jetzigen Abzugsstrategie konfrontieren und einen Lernprozeß in Sachen Apeasement und Krieg gegen den Jihad nachholen, den sie bisher verabsäumt haben.]

Der Präsident wolle „der Realität nicht ins Auge sehen“, sagte Nancy Pelosi, die demokratische Sprecherin des Repräsentantenhauses, in Richtung George W. Bush. Was so viel heißen soll wie: er will nicht einsehen, dass der Krieg im Irak nicht mehr gewonnen werden kann. [Das Gegenteil gilt: die Demokraten wollen der Realität nicht ins Auge sehen. - Und woher Pelosi weiß, daß der „Krieg im Irak“ nicht mehr gewonnen werden kann, bleibt ihr Geheimnis. Politiker sollten sich nicht als Propheten betätigen. Das Missverständnis geht aber viel tiefer: der „Krieg im Irak“ kann nur als Teil, und zwar als zentrale Teilfront im „Krieg gegen den Jihad“ gesehen werden; dies zu begreifen fällt den Demokraten schwer, weil sie ihr Steckenpferd, mit der Anti-Bush-Welle zurück an die Macht zu gelangen, aufgeben müssten.]

Doch wie sie Bushs Realitätssinn auf die Sprünge helfen will, ist paradox. Zunächst einmal ist klar, dass es sich bei dem Manöver der Demokraten um eine bloße Schaufensterveranstaltung handelt. [Um eine demagogische Machtdemonstration; es geht um die Macht im Senat und im Kongreß; und der Wahlerfolg der Demokraten vor kurzem schien die Sicht der Demokraten zu bestätigen. Vereinfacht: das Volk als Geisel der Anti-Bush-Propaganda, die Demokraten als Geisel dieser Volksmeinung (Umfragewerte als Politbarometer) und ihres Zwanges, an die Macht gelangen zu müssen; - daher der Fehlschluss, auf den falschen Zug aufzuspringen.]

Gegen ihr Junktim - ohne Abzugstermin kein Geld - wird der Präsident mit Sicherheit sein Veto einlegen, das von der demokratischen Kongressmehrheit nicht überstimmt werden kann. [Das Veto wurde inzwischen eingelegt; aber die Gefahr eines fortgesetzten Apeasements droht weiterhin; denn noch ist der nächste Präsident nicht gewählt; über ein ganzes Jahr ist nun zu erwarten, daß die Demokraten das „Anti-Irak-

Pferd“ reiten werden, um an die Macht zu gelangen. Dabei werden sie Schützenhilfe bei einigen Republikanern erhalten, denn auch diese sind nicht durch die Bank mit Weitsicht gesegnet. Doch kaum an der Macht, wird auch bei den Demokraten der nötige Realitätssinn einkehren.]

Sie kann also letzten Endes nicht mehr bewirken als die Bewilligung der Mittel in die Länge zu ziehen. Damit mögen die Demokraten zwar Sympathiepunkte bei der auch in den USA wachsenden Zahl von Kriegsgegnern sammeln. Ihr Ziel aber, den Präsidenten öffentlich vorzuführen, indem sie ihn zur Nennung eines Abzugstermins zwingt, werden sie nicht erreichen. Weit davon entfernt, dem Realitätssinn zu seinem Recht zu verhelfen, führen die Demokraten ein grandioses Illusionstheater auf. [Nicht einmal das; denn worin könnte die Illusion bestehen? Daß nach einem Abzug aus dem Irak der Jihad aufhören und einschlummern würde? Diese Illusion zu hegen, kann kein ernsthafter Demokrat in Erwägung ziehen. Frau Hillary weiß, daß der Rückzug keine Option ist, weil der Irak den Jihadisten in die Hände fiel, „und das weiß sie auch“: Kissinger dixit.]

Doch wie sieht es überhaupt mit dem Realitätsgehalt ihres Vorschlags aus, nach dem der Beginn des Abzugs der US-Truppen ab Oktober beginnen und bis Frühjahr 2008 abgeschlossen sein soll? Dieser Vorschlag leitet sich von der Hypothese ab, die Verkündung des Endes des US-Engagements im Irak werde die Lage dort entspannen. Doch das ist ein Trugschluss. [Es ist überhaupt unsinnig, Abzüge zu planen, bevor die Sache nicht erledigt ist. Hier allerdings stellt sich ein Paradox ein: der Krieg gegen den islamistischen Terror ist ein langfristiger und ein globaler; folglich wird der Irak noch lange damit belegt sein, und nicht nur der Irak. Schon in dieser - realistischen - Sicht ist daher die Nennung von Abzugsterminen und -plänen absurd, nämlich: eine vorauseilende Kapitulation. Sie würde dem Gegner Macht, Triumph und Propaganda überlassen, sie würde also nicht zur „Entspannung“, sondern zur aggressiven Aufladung der Spannung führen.]

Stünde die US-Armee ab jetzt nur noch auf Abruf im Irak, wäre sie mit einem Schlag eine Art lahme Ente. Von den islamistischen Terroristen würde sie als leichtes und dankbares Ziel betrachtet werden, denn es wäre klar, dass die Amerikaner nicht mehr nachhaltig zurückschlagen könnten. Sowohl die sunnitische als auch die schiitische Bevölkerung würden von den US-Truppen keinerlei Hilfe mehr erwarten, womit jegliche Befriedigungsbemühung von amerikanischer Seite alle Glaubwürdigkeit einbüßen würde. [Und wie schaffen es die Demokraten, diese haarsträubend einfache Sachlage umzudeuten? Wie können sie glauben, eine Alternative zur Anti-Jihad-Politik der Bush-Administration anbieten zu können?

Antwort: Weil sie Demokraten sind, und weil es im Wesen oppositioneller demokratischer Parteien liegt, auf dem Weg zurück an die Macht sich selbst als Alternative zur aktuellen Politik deuten und anpreisen zu müssen. Und das Verhängnis vollendet sich, wenn auch noch „das Volk“ sich den Anschein gibt, diesen Weg gehen zu wollen. Aber dieses Verhalten wird problematisch und unsinnig, wenn es unmöglich ist, in

einer Sache auf Opposition zu gehen, die keine Alternative erlaubt. Es liegt daher kein „Paradox“ vor, sondern lediglich die Trivialität, daß auch in der modernen Demokratie (wie in jeder Staatsform) alle Sachfragen nicht nur an Sach-, sondern stets auch an Machtkompetenz geknüpft sind. - Daher kann man den Demokraten nur wünschen, sie mögen so rasch wie möglich an die Macht kommen, sie möchten den nächsten Präsidenten stellen, - denn anders nicht können sie jenen Realitätssinn erwerben, der nötig ist, um im 21. Jahrhundert als führende Weltmacht zu bestehen.]

Sunnitische und schiitische Extremisten würden, statt bis Frühjahr nächsten Jahres zu warten, sofort damit beginnen, ihren Kampf um die Macht im Lande zu intensivieren. [Und die Jihadisten würden versuchen, einen irakischen Gottesstaat zu errichten; freilich stünden die Aussichten prekär; es gibt zu viele rivalisierende Gegenkräfte, nicht zuletzt auch den Iran, der etwa einen sunnitischen Gottesstaat kaum dulden könnte. (Es ist das - konfessionelle - Pech von Al-Kaida, die Schiiten als Nichtmuslime einstufen zu müssen.) Daher dürfte der Plan, im Irak eine radikale Talibanisierung betreiben zu können, scheitern; aber dieses Scheitern, das mit ungeheurem Chaos einherginge und den Aufbau eines „Basislagers für islamistische Terroristen“ schaffen würde, durch einen Abzug der westlichen Truppen auch noch zu befördern: wer kann dies auch nur einen Moment in Erwägung ziehen? Eine Partei, die an die Macht kommen muß.]

Die gegenwärtige Sicherheitsoffensive, die von der irakischen Armee gemeinsam mit den US-Truppen geführt wird, müsste unter diesen Umständen sofort abgebrochen werden, obwohl sie langfristig, bis zum September, konzipiert ist - und zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Bilanz über ihr Gelingen gezogen werden. [Das irakische Militär, Polizei, Politik, - alle Bereiche von Staat und Gesellschaft würden plötzlich in der Luft hängen und wären den Angriffen des Jihad fast wehrlos ausgeliefert; die Nennung eines Abzugstermins im nächsten Jahr oder gar in diesem, sie wäre gleichzusetzen mit einem moralischen Sofortabzug. - Auch die Septemberfrage wird bereits jetzt verschieden gedeutet: es geht um eine Evaluierung, die im September stattfinden soll, nicht um ein Ende der Präsenz. Dieses Missverständnis macht heute schon deutlich, daß im September die demokratischen Repräsentanten ihre Deutung, die republikanischen gleichfalls ihre Deutung der Militär-Berichte einbringen werden. (Selbst einen September-Termin als Evaluierungs-Termin nennen, der zugleich von den Demokraten als „eigentlicher“ Rückzugstermin interpretiert wird, ist bereits apeacement. Ein sehr naives dazu, weil es von der Annahme ausgeht, der Jihad in Irak sei in ein paar Monaten zu besiegen...)Und jeder innenpolitische Streit ums Rechthaben übersieht, daß es um die Sache geht: Irak, der nur als stabile Demokratie im Kampf gegen den Jihad ein Bundesgenosse der Ersten Welt sein kann, und nebstbei auch noch auf eine Umwälzung der Nachbarregime hinwirken würde. Doch dieser Einsicht steht die Frage des Machtwechsels im Washington entgegen.]

Wenn man das Ende des US-Engagements im Irak jetzt beschließen will, wäre es logischer, sofort mit dem Abzug zu beginnen. Zu einer solchen konsequenten Forderung fehlt der demokratischen Kongressmehrheit

jedoch der Mut. [Mut allein ist immer verhängnisvoll, wenn den Akteuren uneinsichtig bleibt, für welche Pflichten welcher Sachen welcher Mut erfordert wird. - Wenn Republikaner einen „Rückzug“ fordern, dann in der Regel lediglich einen aus den Ballungsgebieten; eine Strategie, die nützlich sein könnte, obwohl sie offensichtlich nicht ohne Zynismus wäre: man bleibt in der Region verbunkert, lässt aber fürs erste die Kontrahenten einander die Köpfe einschlagen und sammelt hernach auf, was übrig bleibt, um Ordnung zu machen. Eine Strategie, die kaum aufgehen dürfte: auch und besonders aus der Nähe ist bloßes Zusehen politisch sinnwidrig. - Wenn aber „Spiegel-Journalisten“ und ähnliche „Experten“ einen Rückzug anmahnen, dann sind diese Geister die ersten, die bei einem Anstieg der Kämpfe nach Abzug, gar einem Zerfall des Staates ihrer amerikafeindlichen Klientel mitzuteilen wüßten, wer daran schuldig sei. Es wäre natürlich sinnlos, diesen selbsternannten oder wirklich ernannten „Experten“ klarzumachen, daß sie tagaus, tagein nichts als apeasement betreiben; sinnlos, weil jemand der ständig Ursache und Wirkung verwechselt, nicht ansprechbar ist für die Realität der Gegenwart und der Zukunft.]

Die Demokraten liegen jedoch grundsätzlich falsch mit ihrer Annahme, der Hauptgrund für die fortgesetzte katastrophale Sicherheitslage im Irak sei die Anwesenheit der US-Truppen. Dies wird zwar von allen möglichen Konfliktparteien im Nahen Osten zum Zwecke ideologischer Propaganda gerne behauptet. In Wirklichkeit aber sind die maßgeblichen Kräfte in diesem undurchsichtigen regionalen Machtspiel alles andere als daran interessiert, dass die USA übereilt das Feld räumen. [Die Demokraten verhalten sich diesbezüglich ähnlich naiv wie die Europäer; diese plaudern seit einem halben Jahrhundert von „Frieden und Stabilität im Nahen Osten“, zu dem „beide Seiten“ bereit seien müssten. Das Gegenteil geschah und geschieht, und folglich ist es diese Konfliktsituation, die als Ursache für die „katastrophale Sicherheitslage“ nicht nur im Irak genannt werden muß. Diese mag sich durch die Präsenz ausländischer Truppen aufschaukeln, wenn sie von den Kontrahenten für ihre Propagandazwecke benutzt wird, aber zugleich wissen die Kontrahenten auch, daß die Stunde Ernst zu schlagen begonnen hat, wenn die externe Macht präsent bleibt - politisch, militärisch, ökonomisch, zivilisatorisch.]

Saudi-Arabien, Ägypten und die mit diesen arabischen Vormächten verbündeten sunnitischen Kräften im Irak fürchten, dass das Vakuum, das der US-Rückzug hinterlassen würde, sofort von ihren schiitischen Kontrahenten zur Machtübernahme genutzt würde. Ein mit dem schiitischen Iran verbündeter Irak unter schiitischer Herrschaft wäre für sie jedoch der ultimative Alptraum. [Oft schon in der Weltgeschichte ereignete sich die politische Relation, daß eine Supermacht („Rom“) unter den unverträglichen Kontrahenten einer Region vermitteln musste, nicht allein durch „Dialog“ und Diplomatie, sondern durch Krieg, militärische Präsenz und sofort. Oft wurde daher im Senat zu Rom über die Dinge und die Zukunft in Palästina, Syrien, Spanien, Gallien und sofort entschieden, -

oder auch nicht: die Entscheidung vertagt, meist mit negativen Folgen für Rom. Die typische Lage in den Provinzen: Kontrahenten drängen zur Macht, sind aber zugleich zu schwach - politisch-militärisch-zivilisatorisch - um wirklich Machthaber und Integrator einer Region sein zu können. Sie sind einander „Alptraum“ – ein Schicksal daß die „Provinz“ Europa im 20. Jahrhundert durchlebt und durchlitten hat: nationalisierte Großnationen begegneten einander als gegenseitiger mörderischer Alptraum (zwei Weltkriege), dem die USA anfangs jeweils nur zuzusehen - nur „zu verstehen“ - versuchten. - Wenn sich Rom zurückzog, meist durch Fehlentscheidungen oder Untätigkeit im Senat verursacht (siehe Roms unsinnige Politik gegenüber Karthago, das schon viel früher und ohne Zerstörung hätte befriedet werden können), musste dafür sogleich oder später gebüßt werden: man musste wiederkommen, musste unnötig viele Opfer bringen und sofort. - Interessant daher auch die unlösbaren quantitativen Asymmetrien heute: im Irak eine schiitische Mehrheit, die unter Saddam unterdrückt wurde; im Iran eine permanente schiitische Mehrheit, die - mittels Atomwaffe - die Vorherrschaft über die ganze Region anstrebt. In den arabischen Staaten jedoch sunnitische Mehrheiten mit (teils beachtlichen) schiitischen Minderheiten. Und die Jihadisten der Al-Kaida-Netze: in der Regel antischiitische Sunniten. Das ist der Stoff, aus dem die aktuellen Alpträume gestrickt sind, und diese sollten die Demokraten beunruhigen und ebenso das amerikanische Volk. Die Opfer im Kampf gegen Nazideutschland, das sich in Großbritannien hätte festsetzen können, wären um ein Vielfaches höher gewesen.]

Aber selbst der Iran und die proiranischen Kräfte im Irak haben sich sehr gut an den Zustand gewöhnt, im Schatten der US-Besatzung ihre Fäden zu ziehen und das Land scheinbar unter Kontrolle zu bekommen, ohne eine offene Konfrontation mit der sunnitisch-arabischen Welt zu riskieren. [Der Westen macht (wieder einmal) den Puffer; und es wäre interessant, dieses Szenario mit dem der 1920-Jahre zu vergleichen, als die Engländer und Franzosen zur Stelle waren, um ihren Puffer zu machen, der viel mehr als ein Puffer war. Denn die Staatengründungen in dieser Region, inklusive rigider Grenzziehungen, gehen auf die Kolonialmächte von damals zurück. Der Vergleich wäre interessant, wenn er sich bemühte, die Unterschiede zur heutigen Situation genau herauszuarbeiten. Demokratie in die Region zu bringen, konnte damals noch nicht Thema sein. - Mittlerweile wurde dem Iran ein Jihad erklärt: von „Al-Kaida im Irak“. (Stand der Dinge: Mitte Juli 2007)]

Weit davon entfernt, der Urheber der Gewaltausbrüche im Irak zu sein, ist die US-Besatzung längst zu einer Art Blitzableiter geworden, der alle Schuldzuweisungen auf sich zieht, damit die feindlichen Parteien nicht mit völlig ungehemmter Gewalt aufeinander losgehen. [Diese These ist für die antiamerikanische Mentalität (besonders in Deutschland) kaum verstehbar: es war doch die „Invasion“ der USA der Anfang vom Übel; das „Kriegsabenteuer“ der Amerikaner habe ein friedliches Land in das Chaos gestürzt und sofort. - Die Blitzableiterfunktion wurde besonders von Sadr und seinen schiitischen Milizen internalisiert: die „Besitzer“ sind an jedem

Überfall auf schiitische Viertel verantwortlich. Umgekehrtes gilt für die Baathisten der sunnitischen Milizen.]

Längst kann keine Rede mehr davon sein, dass die Mächte in der Region den strategischen Vorgaben der USA folgen. Vielmehr haben sie gelernt, die amerikanische Präsenz für die Verfolgung ihrer eigenen Interessen nutzbar zu machen. [Dies würde im Irak den Zerfall des Staates bedeuten, den die Europäer einst gründeten.]

Dafür werden die USA wohl oder übel so lange erhalten müssen, bis eine halbwegs stabile Ordnung im Irak, die von den maßgeblichen Mitspielern in der Region getragen oder zumindest toleriert wird, diese Rolle überflüssig macht. [Wie „halbwegs“ darf die neue Ordnung sein? Welche Toleranzgrenzen sind zu ziehen gegenüber welchen Mitspielern in der Region? Wer bestimmt, ab wann die „Rolle“ des Stabilisators für überflüssig erklärt werden kann?]

Die für kommende Woche geplante internationale Irak-Konferenz in Ägypten, an der auch Iran und Syrien teilnehmen sollen, dient der allerersten Sondierung von Möglichkeiten, auf dem Weg zu diesem Ziel erste Schritte voranzukommen. [Ein Allerweltssatz, identisch mit dem, was er aussagt: Alltagspolitik offizieller Rhetorik.]

Die Nennung eines Abzugstermins der USA ist das allerletzte, was in dieser Situation gebraucht wird, denn sie würde das gesamte Koordinatensystem, an dem sich diese Konferenz orientiert, aufbrechen lassen. [Stellt einen willkürlichen Zusammenhang zwischen einer Konferenz und dem Polit-Schisma in Washington her. Am Gelingen einer - von vielen - Konferenz liegt wenig; nicht so viel, wie der Autor meint. Aber es ist klar, daß ein Abzugstermin alles, nicht nur die Konferenzen auf diplomatischer Ebene, in Mitleidenschaft ziehen würde. Denn der Westen, auch Europa, würde damit signalisieren, daß ihnen der Irak und die gesamte Region (wieder einmal) gleichgültig geworden sind.]

Die vermeintlichen Realisten der demokratischen Kongressmehrheit agieren deshalb in Wirklichkeit wie naive Idealisten, die gegen alle Einsicht in die komplizierte Gemengelage in der Region an ein Allheilmittel glauben: seien die USA erst einmal draußen, würden dort alle plötzlich friedlicher und schiedlicher miteinander umgehen. [Oder auch: sind wir draußen, mögen sich die finsternen Kräfte vor Ort die Köpfe einschlagen, - was geht es uns an? - Ähnlich dachte der römische Senat in seiner vielhundertjährigen Geschichte nicht nur einmal. - Daß aber der „Unfriede“ eskalieren würde nach Abzug der Alliierten, versteht sich. Den Demokraten sollten die Rückzüge aus dem Libanon und aus Somalia eine Warnung sein.]

Und diese Linie verfolgen die Demokraten ausgerechnet in einer Situation, da die Bush-Regierung allen demokratischen Missionarismus aufgegeben hat und sich wohl oder übel den Mühen machtpolitischen Manövrierens im Rahmen der gesetzten Gegebenheiten verschrieben hat. [Ein vollkommen unsinniges Urteil; weil einige Woche keine Rede über die Demokratisierung in der islamischen Welt, keine über die Unterstützung

moderater Regime, keine über die Botschaft der Freiheit für die ganze Welt in den Zeitungen und anderen Medien zu lesen ist, deshalb soll der „demokratische Missionarismus“ aufgegeben und aufgebbar sein? So denkt der Europäer, der sich an diesem Prozeß nicht zu beteiligen wünscht.]

Dass auch Bush und seine Leute so bald wie möglich aus dem Irak abziehen würden, wenn sie nur könnten, dürfte klar sein. Das aber jetzt laut und deutlich zu sagen, würde das Chaos im Irak, statt es zu dämpfen, erst recht ins Unerträgliche anheizen. [Der Autor scheint die Sache doch nicht ganz zu durchschauen; auch er scheint eher einen Abzug zu befürworten, wenn dieser möglich wäre; und nur weil er momentan nicht möglich sei, soll das Militär vorerst noch bleiben.

Dies wäre ein Bleiben unter äußerlicher Motivation; ein nur „strategisches“ Bleiben ihm „Rahmen der gesetzten Gegebenheiten“. Als gäbe es keine Inhalte, keine Ziele des Bleibens, und als wären die US-Truppen nicht bis heute in Deutschland geblieben, obwohl sie längst ihre Pflicht als „Besatzungsmacht“ erfüllt haben.]

Textvorlage: WELT online, 26.04.2007.

Kommentartext: Juli 2007